



ag arbeit in Baden-Württemberg c/o Diakonisches Werk, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart

Bericht zu den Aktivitäten der ag arbeit in 2016

Im Januar 2016 (27.01.) wurden, - wie bereits angekündigt -, Herr OKR Dieter Kaufmann, (Vorstandsvorsitzender des DWW) zum Vorstandsvorsitzenden und Herr Ralf Nuglisch (Leitung Kernteam Arbeit und Qualifizierung im Paritätischen Baden-Württemberg) zum stellvertretenden Vorsitzenden der ag arbeit gewählt.

Der Vorstand setzt sich seither zusammen aus
Vorstandsvorsitzender OKR Kaufmann, als Stellvertreter Ewald Wietschorke und Ralf Nuglisch
sowie für die Einzelmitglieder Andreas Hammer (Pforzheim), Wolfgang Lutz (Heidenheim), Karin Woyta (Göppingen),
für die Kommunalen Spitzenverbände ist Herr Herdes (Landkreistag) beratendes Vorstandsmitglied,
und für die badischen Verbände von Diakonie und Caritas sind die dortigen Fachreferenten als Gäste eingeladen.

Im Januar hat der Vorstand abschließend entschieden, dass zukünftig die Beitragslasten ausschließlich von den Verbänden getragen und die Einzelmitglieder und Unternehmen entlastet werden.

Die ag arbeit hat die arbeitsmarktpolitische Vertretung und Aktivitäten auf der Landesebene für die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg übernommen. Die Verbindung in deren Fachausschuss Arbeit und Existenzsicherung wird von Herrn Wietschorke wahrgenommen.

Landesarbeitsmarktpolitik

Noch im Dezember 2015, nach der letzten Mitgliederversammlung, hat ein Gespräch des Vorstands der ag.a mit MdL Alexander Schoch, dem arbeitsmarktpolitischen Sprecher der Grünen stattgefunden, der im Falle einer erneuten Regierungsbeteiligung der Grünen eine Fortsetzung der Landesarbeitsmarktpolitik angekündigt und eine Beteiligung der ag arbeit an den inhaltlichen Planungen in Aussicht gestellt hatte.

Seit dem Jahresanfang 2016 wurde dann ein Positionspapier zur Landesarbeitsmarktpolitik diskutiert, das nach der Landtagswahl präsentiert werden

sollte. Dieses Papier ist dann im März verabschiedet und an die Landespolitik geben worden

Thesen des Positionspapiers:

Baden-Württemberg braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm

- Das größte ungelöste Problem für die Arbeitsmarktpolitik ist die Langzeitarbeitslosigkeit.
- Das zentrale Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist die öffentlich geförderte Beschäftigung.
- Die Finanzierungsmethode des Passiv-Aktiv-Transfer macht öffentlich geförderte Beschäftigung finanzierbar.

Die Landespolitik ist gefragt:

- Die Fortsetzung und Weiterentwicklung eines arbeitsmarktpolitischen Landesprogramms für Baden-Württemberg ist notwendig.
- Die Betroffenen und ihre Familien müssen ein Signal bekommen, dass ihnen, wie auch anderen Gruppen, eine menschenwürdige soziale Teilhabe ermöglicht wird.
- Die 44 Stadt- und Landkreise und ihre kreisangehörigen Gemeinden in Baden-Württemberg müssen in Ihren Bemühungen unterstützt werden, soziale Ausgrenzung und Ghettoisierung zu vermeiden und zu überwinden.

Im Juni (01.06.) gab es dann ein **Gespräch** des Vorstands **mit dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Regionaldirektion Herrn Christian Rauch** zur Arbeitsmarktlage und Arbeitsmarktpolitik in BW. Es bestand Einigkeit darin, dass öffentlich geförderte Beschäftigung (ögB) erforderlich ist und dass eine Fortsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms unbedingt zu wünschen wäre. Herr Rauch äußerte aber auch eine deutliche Skepsis über die Möglichkeiten eines PAT, die Finanzierung der ögB umfassend abzudecken.

Im Juli (08.07.) hat die ag.a einen **Workshop zur Arbeitsmarktpolitik** angeboten, zu dem auch gezielt die Mitarbeitenden aus den Arbeitsmarktreferaten des (Wirtschafts-) Ministeriums eingeladen wurden. Der Titel war

Arbeit und/oder Teilhabe - das schwedische Modell

mit Prof. Dr. Uwe Schwarze / Kathrin Kreimeyer
HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen
Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit

Die Fachdiskussion der letzten Monate hatte immer wieder herausgestellt, dass es für einen großen Teil der Langzeitarbeitslosen nicht um kurzfristige Arbeitsmarktintegration, sondern um Hilfen zur Teilhabe (an Arbeit) und um eine langfristige Entwicklung bzw. Rehabilitation der Beschäftigungsfähigkeit geht. Hierzu, so war die Überlegung, kann der schwedische Ansatz der Arbeitsmarktpolitik Anregungen geben. Prof. Schwarze und Frau Kreimeyer sind langjährige Kenner der schwedischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Sie stellten das Beschäftigungsmodell Samhall und vor allem auch die teilhabeorientierten Unterstützungsansätze in der schwedischen Sozialpolitik vor. Diese Ansätze sollten daraufhin geprüft werden, ob

sie auch Anregungen für die Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg geben können.

Eine konkrete Ausrichtung an dem Beispiel und dem Staatsbetrieb Samhall erweist sich bei näherer Betrachtung als politisches Projekt für Deutschland unrealistisch. Aussichtsreicher ist der Vergleich mit dem österreichischen Ansatz, der aber auch ein kommunaler Ansatz ist. - Hierzu lässt sich im kommenden Jahr der bestehende Kontakt und Austausch zur Aqua-Mühle in Vorarlberg fortsetzen.

Da eine Beteiligung der Ministeriumsmitarbeitenden aufgrund der Neuorganisation im Juli noch nicht möglich war, wurde daraufhin die neue Wirtschaftsministerin Frau Hoffmeister-Kraut angeschrieben (27.07.): „Die Ansiedlung der Arbeitsmarktpolitik im Wirtschaftsministerium begreifen wir als eine Chance die arbeitsmarktpolitischen Instrumente stärker auf die Betriebe des allgemeinen Marktes auszurichten, aber auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik stärker miteinander zu verschränken. Die Arbeit und ihre Mitglieder setzen sich nachdrücklich für eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik des Landes ein, die auch organisatorisch neben der traditionellen Wirtschaftspolitik deutlich zum Ausdruck kommen muss.“ – Die Kontaktanfrage und Bitte um einen Gesprächstermin wurde allerdings von Frau Hoffmeister-Kraut auf den Herbst vertagt und ein konkreter Termin steht gegenwärtig noch aus.

Ein Gespräch mit dem neuen Abteilungsleiter Herrn MDgt. Michael Kleiner am 4.11. gibt allerdings Anlass zur Hoffnung, dass die Ministerin in Kürze reagieren wird.

Erwerbslosentagung

Im Jahr 2017 hat sich die Arbeit erneut an der Unterstützung und Durchführung an der Erwerbslosentagung 2017 in Bad Herrenalb beteiligt. – Damit soll auch zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die Arbeit nicht nur als Vertretung der Maßnahmeträger und sozialen Beschäftigungsunternehmen begreift, sondern auch Sprachrohr und Anwalt von Arbeitslosen insgesamt sein will.

Allgemeine Entwicklungen

Arbeit

Nachdem die Arbeit im Herbst 2015 durch die Änderung ihrer Beitragsordnung die bestehenden Landesverbände veranlasst hat, aus der Bundesarbeitsgemeinschaft auszutreten, gab es im Juni einen ersten neuerlichen Kontakt und Gespräch mit Marc Hentschke in seiner Funktion als Vorstandsmitglied der Arbeit. Von Seiten der Arbeit ist die Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften weiterhin gewünscht, organisations- und satzungsmäßig allerdings noch nicht umgesetzt worden. Über Frau Woyta wurde die Anfrage der noch bestehenden anderen Landesarbeitsgemeinschaften in den Vorstand eingebracht, eine eigenständige Vernetzung anzustreben.

Die **Initiative Pro Arbeit**, an der sich die ag arbeit in den Jahren 2013 bis 2015 beteiligt hatte, wurde mit einem Abschlussbericht zunächst beendet. Eine Fortsetzung der Kampagne und politischen Aktivitäten mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 wird noch geprüft.

Aktuell hat sich die ag arbeit zur Beteiligung und Mitträgerschaft an der jährlichen **Tagung Pro Arbeit am 9.3.2017** entschieden, um darüber die arbeitsmarktpolitischen Forderungen auch in den Bundestagswahlkampf einzubringen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das **Flüchtlingsthema** viele Sitzungen und Diskussionen überlagert. Aktuell ist festzustellen, dass die Umsetzung der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) absehbar einen großen Aufwand erfordert. Die ersten Umsetzungserfahrungen sind in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich, obwohl eigentlich die Bundesagentur für Arbeit die Konditionen zentral bestimmt.

Termine in 2017

Die Vorstandssitzungen für 2017 wurden folgendermaßen verabredet und finden statt am: Do, 16.02.2017, Mi, 17.05.2017, Do, 14.09.2017.

Als Termin für die nächste Mitgliederversammlung wurde Fr, 01.12.2017 vereinbart.